

MEDIATOR

Erstes Ziel: Kommunikation

Die LSAP-Abgeordnete Lydie Err ist Präsidentin der Petitionskommission. Im Mai 2001 hatte sie einen weitreichenden Gesetzesvorschlag zur Einführung einer Ombudsperson vorgelegt.



(Foto: LSAP)

Schluss mit dem Ämter(r)ampf: BürgerInnen, die Probleme beim Behördengang bemerken, werden ab Herbst eine Ansprechperson für ihre Sorgen haben: die/den Bürgerbeauftragten.

Ombudsperson, MediatorIn - hinter den oft synonym verwendeten Begriffen verbergen sich unterschiedliche Ansätze. Die woxx befragte Lydie Err, Präsidentin der Petitionskommission und Mit-Initiatorin der neuen Institution, zur luxemburgischen Light-Version einer Ombudsperson.

woxx: Luxemburgs BürgerInnen bekommen einen Mediator. Sind Sie zufrieden?

Lydie Err: Einigermaßen. Luxemburg war bisher das einzige Land, das keine Ombudsperson hatte. Jetzt sind wir - zumindest formal gesehen - auf internationaler Ebene angekommen. Wir werden ab Herbst jemanden haben, der für Luxemburg sowohl beim europäischen "médiateur" in Brüssel als auch beim Kommissar für Menschenrechte des Europarats in Straßburg Ansprechperson sein kann. Das ist zweifelsohne ein Fortschritt zur gegenwärtigen Situation. Bis jetzt habe ich als Präsidentin der Petitionskommission diese Aufgabe übernommen.

Sie sagen "einigermaßen zufrieden" ... ?

Das Gesetz geht nicht so weit, wie ich mir das gewünscht hätte. Meiner Ansicht nach hätte sich hier die phantastische Gelegenheit ergeben, zwei Resolutionen des Europarats in dem Gesetz umzusetzen. Die von 1985, der zufolge die Ombudsperson parlamentarisch gewählt sein soll, um unabhängig von der Regierung zu sein, haben wir erfüllt. 1994 empfahl der Europarat aber darüber hinaus ausdrücklich, das Amt der Ombudsperson

mit der Förderung des Schutzes der Menschenrechte zu verbinden. Und hier liegt für mich der Hauptfrust im luxemburgischen Text: Es wurde versäumt, den Posten des Mediators explizit mit der Zuständigkeit für Menschenrechtsfragen zu kombinieren.

Der Text erwähnt die Menschenrechte nur am Rande.

Die Menschenrechte sind implizit enthalten, aber sehr diskret. Im Entwurf heißt es, dass sich der Mediator an nationales Recht und an internationale Konventionen halten muss. Damit ist auch die Menschenrechtskonvention gemeint. Anders als im belgischen Gesetz beispielsweise, das die Menschenrechtskontrolle ausdrücklich ausschließt, kann ich den luxemburgischen Text doch gelassen annehmen: Wenn die Menschenrechtskontrolle nicht ausgeschlossen ist, dann ist sie drin. Übrigens kann man die Rechte der Verwalteten selbstverständlich nicht wirksam schützen, wenn man nicht zugleich bereit ist, die Menschenrechte des Einzelnen einzubeziehen.

Im aktuellen Länderbericht zu Rassismus und Intoleranz hat die zuständige Europäische Kommission Defizite bei luxemburgischen Behörden im Umgang mit AusländerInnen festgestellt. Ein Fall für den Mediator?

Die "autosaisine", das Initiativrecht, beispielsweise aufgrund eines Berichts, eines Urteils oder einer Pressemeldung wird es hier zu Lande leider nicht geben. Der oder die MediatorIn darf nur auf die konkrete Beschwerde einer Einzelperson oder die Anfrage eines Abgeordneten agieren. Ich meine jedoch, die Abgeordneten es sich nicht nehmen lassen wollen, in einer so wichtigen Angelegenheit eine entsprechende Anfrage zu formulieren.

"Es wurde versäumt, den Posten des Mediators explizit mit der Zuständigkeit für Menschenrechtsfragen zu kombinieren."

Die Frage der Autosaisine wurde auch von der Venedig-Kommission (Europäische Kommission für Demokratie durch Recht, I.K.) aufgeworfen. An ihr wird deutlich, dass das gesamte Konzept der Regierung nicht in die Richtung der Ombudspersonen geht, sondern in die des Mediators.

Diese beiden Begriffe wurden in der Debatte aber häufig synonym verwendet.

Mir war anfangs selbst nicht bewusst, wie sehr der jeweilige Name mit unterschiedlichen Funktionen verbunden ist. Der "médiateur" ist der klassische Bürgerbeauftragte, im Gegensatz zum Ombudsman, den man eigentlich eher "Volksanwalt" nennen würde. Aus den beiden unterschiedlichen Ansätzen ergeben sich auch unterschiedliche Aufgaben: Initiativrecht, weiter gehende Investigationmöglichkeiten in dem einen Fall, in dem anderen hingegen nicht, und so weiter.

Der Berichterstatte des Gesetzes, Paul-Henri Meyers, betont die Rolle des Bürgerbeauftragten als Vermittler zwischen Behörden und verwalteten BürgerInnen. Ist die Schlichtung von Streitigkeiten das Ziel des neuen Amtes?

Selbstverständlich sollen Konflikte aus der Welt geschaffen werden. Ein Hintergedanke ist ganz sicher, die Gerichte zu entlasten. Das ist auch legitim. Darüber hinaus sollte der Mediator aber zudem die Absicht haben, die Verwaltung insgesamt durchsichtiger, gerechter und verständlicher zu machen. Das passiert, wenn man die beiden Parteien zu einem Konsens bringt, der gegenseitiges Verständnis voraussetzt. Das erste Ziel der Mediation ist jedoch die Kommunikation. Durch sie wird neues Verständnis und Transparenz geboren, und somit das wieder hergestellt, was in Luxemburg meines Erachtens dürftig ausgeprägt ist, der "lien social". Das ist für mich über die reine Konfliktlösung hinaus ein wichtiges Element der Mediation.

Der oder die luxemburgische Bürgerbeauftragte erfüllt alle Richtlinien, welche internationale MediatorInnen 1998 in Paris für ihr Amt definiert haben - alle, bis auf eine ...

Die gesetzliche Immunität für die Dossiers, die der Mediator während seiner Amtszeit anlegt, ist im luxemburgischen Entwurf nicht vorgesehen. Auf meine Anfrage wies Berichterstatte Meyers darauf hin, dass die parlamentarische Immunität Verfassungsrang hat. Ich bin aber der Meinung, dass eine Immunität per Gesetz besser wäre als gar keine. Sollte die Institution Mediation später in die Verfassung eingeschrieben werden, ergäbe sich dann die Möglichkeit, nicht nur die Institution, sondern auch die Immunität verfassungsgemäß zu verankern. Das Amt des unabhängigen Mediators muss die Immunität qua Funktion unbedingt beinhalten. Wie kann man sonst eventuell unpopuläre Maßnahmen ergreifen, sei es gegenüber der Verwaltung oder gegenüber den Verwalteten, wenn man für jede Entscheidung, die man trifft, juristisch belangt werden kann?

Interview: Ines Kurschat

kommentar

HENRI KOX

Kurzsichtige und einseitige Verkehrspolitik

Die Verkehrspolitik in Luxemburg bleibt wie sie war: kurzfristig und einseitig, siehe Saarstraße.

"Wer Straßen sät, erntet Verkehr." Dieser von vielen Umweltschützern immer wieder benutzte Leitsatz wird sich auch im Zusammenhang mit der Saarstraße wieder bewahrheiten.

Die von den Anrainern zwischen Remich und Hellingen herbeigesehnte Öffnung der Saarstraße, wird zu einer einschneidenden Entlastung des Verkehrs führen. Besonders der Schwerlastverkehr wird diese neue Transitstrecke vorziehen und somit zu einer spürbaren Reduktion des Verkehrsstroms und des Gefahrenpotentials in diesen Dörfern beitragen. Soweit die allgemeine Einschätzung sowie von vielen Politikern der Region immer wieder angeführte Argumentation zum Bau dieser neuen Verkehrsachse.

Aus Sicht der Grünen wird sich jedoch durch diese einseitige Verkehrspolitik längerfristig keine Verkehrsentslastung einstellen. Sowohl der Individualverkehr wie auch der Lastkraftverkehr wird in den nächsten Jahren noch weiter zunehmen. Auch die heutigen Pendler aus dem Saarland werden diese neue Verkehrsachse kaum benutzen, da der Verkehrsstrom über die Düdelinger Autobahn nach Luxemburg geleitet wird. Eine Verlagerung des Pendlerverkehrs in noch nicht vom Durchgangsverkehr belastete Dörfer wird demnach eintreten und den Ruf nach neuen Umgehungsstraßen erhöhen. Wir verurteilen zudem, dass die laut Straßenbauverwaltung für den Transitverkehr so wichtige Straßenverbindung, durch kurzfristige und elektorale Lokalgegebenheiten mit zu vielen Zu- und Abfahrten bestückt wurde. Durch diese Maßnahme werden die Benutzer angehalten, diese doch noch zu verlassen.

Nur durch eine, von den Grünen seit langem geforderte Änderung der Verkehrspolitik, können wir diesen Belastungen entscheidend entgegenzutreten. Wir fordern daher die Regierung auf, endlich dem öffentlichen Transport Priorität einzuräumen und europaweit für eine Verlagerung des Schwerlastverkehrs auf die Schiene einzutreten. Von einer "Versöhnung von Natur und Technik" wies in einer Tageszeitung zu lesen war, kann bei diesem Projekt wahrlich nicht gesprochen werden. Eher von einer zusätzlichen, für zukünftige Generationen schwer wieder rückgängig zu machenden Versiegelung wertvoller Kulturlandschaft.

Henri Kox ist Sprecher von "Déi Gréng"

Die guten, alten R&R

R&R - das ist die Edelmarke unter den Luxusschlitten: traditionsreich, solide gebaut, für die Queen gerade gut genug. Auch die woxx kennt die Edelmarke R&R, obschon sie für etwas leicht Anderes steht. Sicherlich: Mit (grüner) Tradition, solidem

Eigenbau und Exquisität kann unser R&R-Duo ebenfalls dienen, und auch die woxx muss nun um eine mögliche (feindliche?) Übernahme unseres Flugschiffes bangen.

Wie zutreffend die Lebensweisheit ist, dass den wahren Wert der Mensch erst durch den Verlust erkennt, dämmert uns allmählich: Nie zuvor wurden wir so häufig (bevorzugt von wissbegierigen Presseleuten) und so mitleidig gefragt, wie es denn nun weiter gehe.

Alltäglich liest die gesamte Redaktion deshalb mit zitternden Händen und banger Herzen die aktuellsten Werke unserer investigativen KollegInnen, vielleicht kann ein wohl informiertes Blatt uns die Antwort verraten, die wir selber nicht wissen: Was für ein Leben gibt es nach der Politik? Wird demnächst eine neue (Öko)Kneipe in Luxemburg die Türen öffnen, ein Katzenheim gegründet oder gar eine Tango-Weinrubrik samt Starmoderator als Konkurrenz zum Dillenburger RTL-Schlendrian ausgestrahlt? Liebe R&R, wir wären jedenfalls eure ersten Kneipen-, Studio- oder Was-Auch-Immer-Für-Gäste.



woxx - déi aner wochenzeitung / l'autre hebdomadaire, früher: GréngSpoun - wochenzeitung fir eng ekologesch a sozial alternativ - gegründet 1988 - erscheint jeden Freitag • **Herausgeberin:** woxx soc. coop. • **Redaktion:** Karin Enser (karin.enser@woxx.lu), Robert Garcia (robert.garcia@woxx.lu), Léa Graf (lea.graf@woxx.lu), Richard Graf (richard.graf@woxx.lu), Germain Kerschen (germain.kerschen@woxx.lu), Raymond Klein (raymond.klein@woxx.lu), Stefan Kunzmann (stefan.kunzmann@woxx.lu), Ines Kurschat (ines.kurschat@woxx.lu), Renée Wagener (renee.wagener@woxx.lu), Danièle Weber (danièle.weber@woxx.lu). Unterzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. • **Karikaturen:** Guy W. Stoos • **Fotos:** Christian Mosar • **Verwaltung:** Corinne Saghuber (admin@woxx.lu) • **Bürozeiten:** Mo. - Fr. 9 - 12.30 Uhr. • **Druck:** c. a. press, Luxembourg • **Einzelpreis:** 1,49 € • **Abonnements:** 52 Nummern kosten 65 € (Ausland zzgl. 26 €); StudentInnen und Erwerbslose erhalten eine Ermäßigung von 25 € • **Postscheckkonto:** CCPL IBAN LU18 1111 1026 5428 0000 (Neu-Abos bitte mit dem Vermerk "Neu-Abo"; ansonsten Abo-Nummer angeben, falls zur Hand) • **Anzeigen:** Espace Régie Luxembourg s.a. Tel.: 26 25 75 -1 Fax: 26 25 75-75 • **Recherchefonds:** Spenden zur Unterstützung des weiteren Ausbaus des Projektes auf das Konto CCPL IBAN LU69 1111 0244 9551 0000 der "Solidaritéit mam GréngSpoun asbl" sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto. • **Post-Anschrift:** woxx, b.p. 684, L-2016 Luxembourg • **Büros:** 51, ave de la Liberté (2. Stock), Luxembourg • **E-mail:** woxx@woxx.lu • **Site:** www.woxx.lu • **Tel.:** (00-352) 29 79 99-0 • **Fax:** 29 79 79